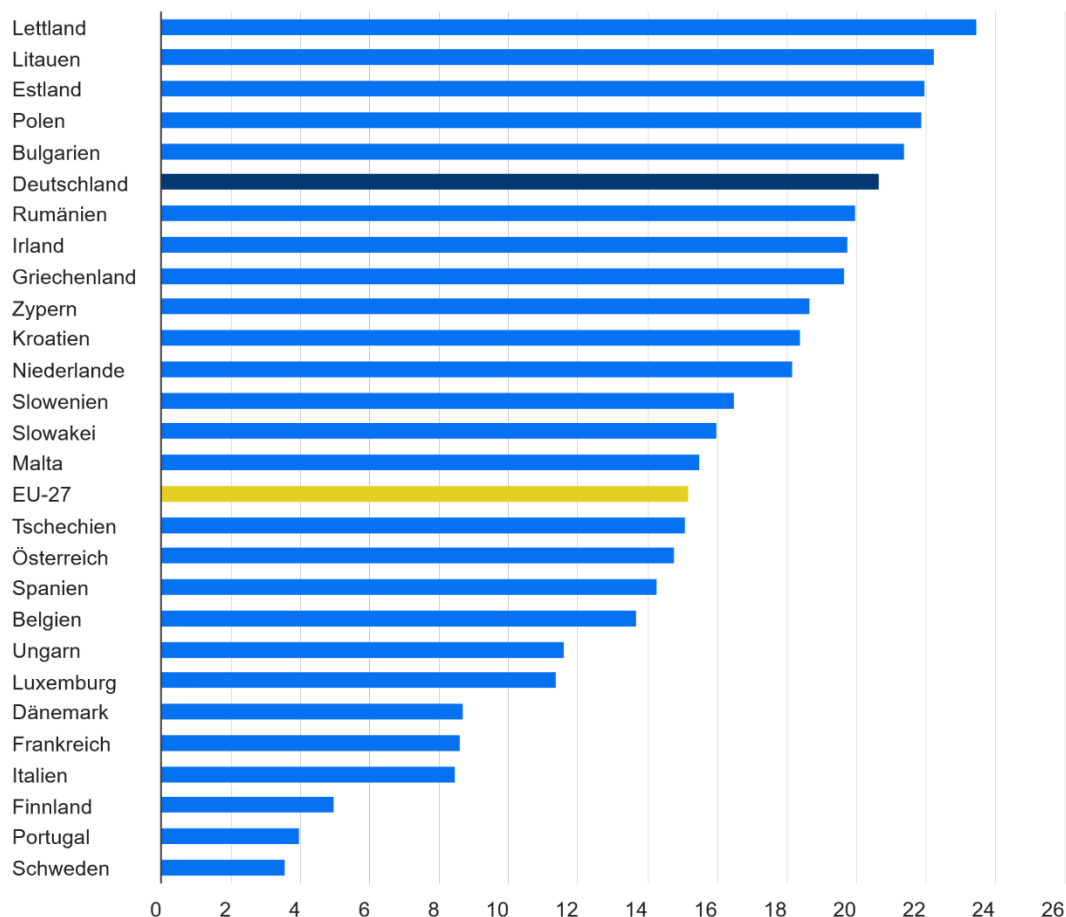


Themen-Papier zur Pressekonferenz der NGG am 15.November 2023

1 Betrachtungen zum Niedriglohnsektor

Der Niedriglohn ist definiert als Beschäftigungsverhältnis mit Bruttostundenlohn unterhalb von zwei Dritteln des Median-Stundenlohnes. Der Anteil der zum Niedriglohn beschäftigten Arbeitnehmer kann im internationalen Vergleich auch als Indikator für die Ungleichheit der Bezahlung der abhängig Beschäftigten gewertet werden. Wie **Abbildung 1** zeigt, fielen 2018 über 20 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland in den Niedriglohnsektor.

Abbildung 1: Beschäftigungsverhältnisse mit Niedriglohn in der EU 2018 in Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse



Quelle: Eurostat

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Weniger als 10 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse lagen dagegen in Dänemark, Frankreich, Italien, Finnland, Portugal und Schweden im Niedriglohnbereich. Die Ungleichheit der Entlohnung wurde in Deutschland mit der Erhöhung des Mindestlohnes auf 12 Euro im Oktober 2022 deutlich gesenkt. Der Anteil der Beschäftigungsverhält-

nisse im Niedriglohnbereich sank von 19 Prozent im Juli 2022 auf 15 % im Oktober 2022. Damit war die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnbereich auf 6,1 Millionen gesunken. Wegen der hohen Inflation bei konstantem Mindestlohn dürfte die Zahl allerdings inzwischen wieder gestiegen sein.

Zum 1.1.2024 steigt der Mindestlohn auf 12,41 Euro je Stunde an. Insgesamt entsprach die reale Steigerung des Mindestlohnes seit 2015 annähernd der realen Steigerung der Konsumausgaben je Einwohner in Deutschland. Parallel zur Erhöhung des Mindestlohns wird auch das Bürgergeld erhöht. Nach Berechnungen des "Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI)" wird das Lohnabstandsgebot auch in der neuen Konstellation eingehalten. So liegt das Einkommen eines Vollzeit zum Mindestlohn arbeitenden Singles bei knapp 1.500 Euro je Monat und damit gut 530 Euro höher als das Einkommen über das Bürgergeld. Bei Alleinerziehenden und Haushalten von Familien mit drei Kindern sind die relativen Unterschiede zum Bürgergeld zwar geringer, aber deutlich über 10 Prozent. Die Vorgabe der EU Richtlinie, dass der Mindestlohn bei 60 Prozent des Median-Lohnes der Vollzeitbeschäftigten liegen soll, wird mit 12,41 Euro nicht erreicht. So lag der Median-Lohn von Vollzeitbeschäftigten im Oktober 2022 bei 21,29 Euro; 60 Prozent wären bereits zum damaligen Zeitpunkt 12,77 Euro gewesen.

Der Niedriglohnsektor ist nicht nur individuell für die Betroffenen ein Problem, auch der Staat – also alle Bürger – läuft Gefahr, dauerhaft niedrig bezahlte Arbeit zu subventionieren. Während der Erwerbsphase müssen Menschen mit niedrigen Einkommen als sogenannte „Aufstocker“ häufig mit Bürgergeld unterstützt werden. Langfristig sind langjährig zu Niedriglöhnen bezahlte Erwerbstätige auch nicht in der Lage, zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung eine private Altersvorsorge aufzubauen, so dass mit dem Renteneintritt oft eine dann dauerhafte Unterstützung erforderlich wird.

Im Überblick zeigt sich gegenwärtig folgendes Bild:

Ende 2023 werden in Deutschland in gut 10 Millionen Beschäftigungsverhältnissen weniger als 14 Euro je Stunde bezahlt.

Von diesen Beschäftigungsverhältnissen entfallen
2,64 Millionen auf Vollzeitbeschäftigungen,
3,41 Millionen auf Teilzeitbeschäftigungen und
4,02 Millionen auf geringfügige Beschäftigungen.

Bei einer Erhöhung des Lohnes dieser Beschäftigungsverhältnisse auf 14 Euro je Stunde wäre mit ca.

30 Milliarden Euro zusätzlichen Bruttoentgelten,
23 Milliarden Euro zusätzlichen Nettoentgelten,
10 Milliarden Euro zusätzlichen Einnahmen der Sozialversicherungen und
2 Milliarden zusätzlicher Einkommensteuer

zu rechnen.

In die Berechnungen wurden einbezogen:

Die Bruttolohnschichtung aus der Verdiensterhebung 2022 (Statistisches Bundesamt; diese Daten beinhalten die Einkommen der Auszubildenden), die Zahl der Auszubildenden 2022 und 2023 (jeweils Ende März), die Entgelttabellen für Vollzeitbeschäftigte der Bundesagentur für Arbeit für 2022, die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach dem Beschäftigungsumfang (Vollzeit, Teilzeit) 2022 und 2023 (jeweils Ende März) sowie der Nominallohnindex des Statistischen Bundesamtes (bis September 2023).

Die ausgewiesenen Werte stellen die Größenordnung der zu erwartenden Auswirkungen einer Erhöhung der bisher unter 14 Euro liegenden Stundenlöhne auf 14 Euro dar. Die Werte stellen eher eine vorsichtige Schätzung dar, weil erfahrungsgemäß eine Erhöhung der Löhne im unteren Bereich auch zu Wirkungen in den darüber liegenden Lohnstufen führt. Dagegen konnten seit der Einführung des Mindestlohnes noch keine negativen Wirkungen etwa auf die Beschäftigung nachgewiesen werden.

Zu den positiven Wirkungen ist in jedem Fall die von einer Erhöhung der unteren Lohngrenze ausgehende Reduzierung des Anteils der Beschäftigungsverhältnisse mit Niedriglohn an allen Beschäftigungsverhältnissen zu sehen. Die politische Aussage „Arbeit muss sich lohnen“ muss überführt werden zu einer Sicherheit, dass „Arbeit dauerhaft vor Armut schützt“ und diese Absicherung mit der Arbeit in der Erwerbsphase auch fürs Alter gilt.

Die Daten auf der Ebene der Bundesländer sind im Anhang A ausgewiesen.

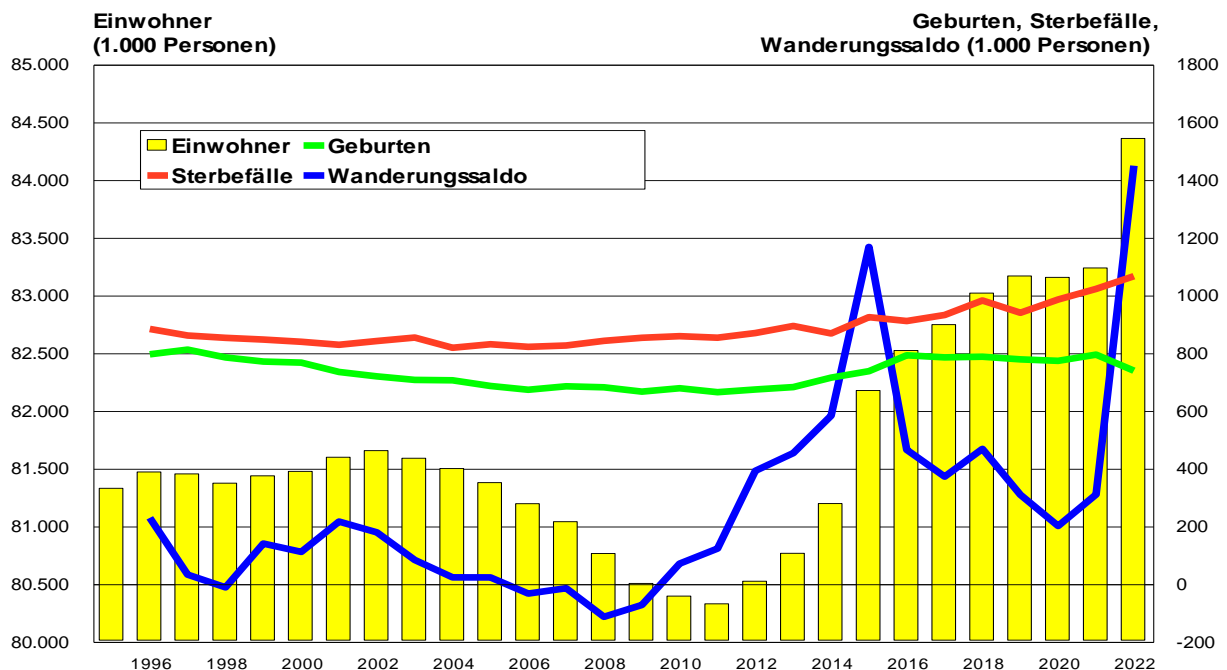
2 Faire Rente

Das umlagefinanzierte Rentensystem in Deutschland steht vor großen Herausforderungen, da in den kommenden 15 Jahren sehr starke Jahrgänge den Ruhestandseintritt erreichen. Allerdings ist im Vergleich zu den um das Jahr 2000 formulierten Erwartungen die reale Entwicklung von Bevölkerung und Beschäftigung deutlich positiver verlaufen, was auch die generelle Funktionsfähigkeit des Systems gestärkt hat.

Die 9. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes ließ einen Korridor der Bevölkerung zwischen 65 und 70 Millionen Personen für das Jahr 2050 erwarten. Dies in Verbindung mit einem erheblichen Abschmelzen der Erwerbstätigen bei gleichzeitig starkem Anstieg der Zahl an Rentenbeziehern.

Die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung bis 2022 zeigt **Abbildung 2**.

Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland von 1995 bis 2022

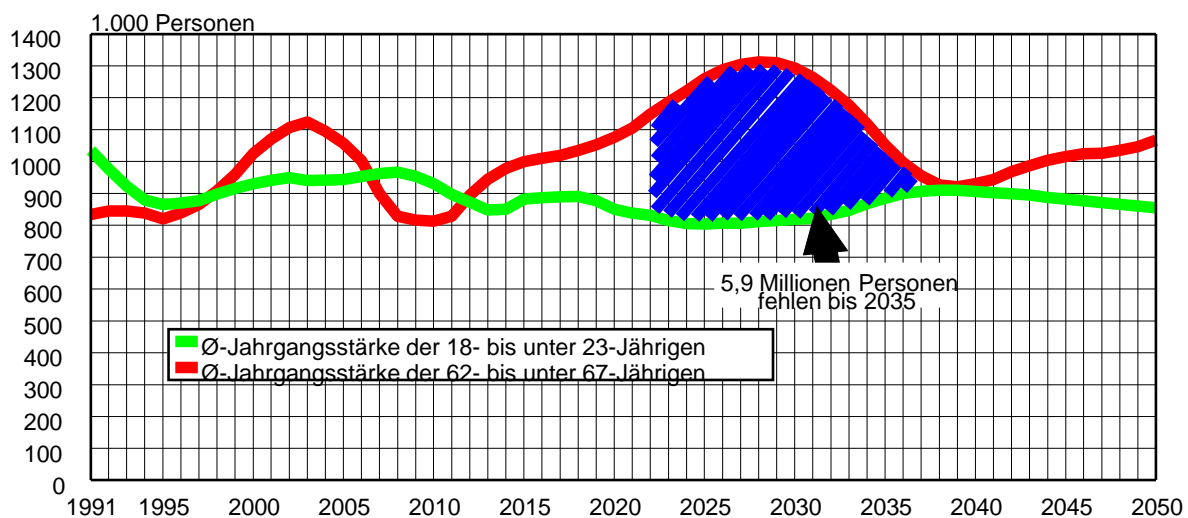


Nach einer Stagnation und einem Bevölkerungsrückgang bis 2011 kehrte sich die Entwicklung um und die Einwohnerzahl stieg entgegen den Erwartungen bis auf über 84 Millionen Personen im Jahr 2022 an. Parallel dazu stieg vom Tiefpunkt im Jahr 2005 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um über acht Millionen oder fast 32 Prozent an. Damit zahlen heute wesentlich mehr Beschäftigte ins Rentensystem ein als vor 20 Jahren erwartet. Dies ist auch ein wesentlicher Grund dafür, dass das Rentenniveau noch immer auf einem Niveau knapp unter 50 Prozent gehalten werden konnte. Die mögliche Absenkung bis auf 42 Prozent konnte bisher vermieden werden und ist bei den nach wie vor aufnahmefähigen Arbeitsmärkten wohl auch längerfristig vermeidbar. Eine Absenkung des Rentenniveaus würde wachsende Anteile der künftigen Rentner zwangsläufig in die Grundsicherung führen, da Menschen mit niedrigen Einkommen zur zusätzlichen privaten Vorsorge kaum in der

Lage waren und sind und zudem die Vorsorgeangebote wie etwa die „Riester-Rente“ die Erwartungen bei weitem nicht erfüllen konnten.

In der Perspektive bleiben Arbeitskräfte knapp, wie **Abbildung 3** zeigt. Die Lücke bei den Erwerbsfähigen (bereits mit der „Rente mit 67“ gerechnet) wird auch durch Zuwanderungen kaum auszugleichen sein. Für die Zukunft ist von einer sich weiterhin verbessernden Verhandlungsposition der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern auszugehen. Auf diesem Weg müssen alle Arbeitnehmer mitgenommen werden. Denn heutige Niedriglöhne führen zu späterer Altersarmut.

Abbildung 3: Durchschnittliche Jahrgangsstärke der „18- bis unter 23-Jährigen“ und „62- bis unter 67-Jährigen“ von 1991 bis 2050 ohne Wanderungsgewinne ab 2023



Wer aktuell zum Mindestlohn arbeitet und in seinen 45 Arbeitsjahren immer den gleichen Abstand zum Durchschnittslohn aufwies, hat aus der gesetzlichen Rentenversicherung eine monatliche Rente von unter 1.000 Euro brutto zu erwarten.

Auch der künftige Mindestlohn von 12,41 Euro verbessert die Situation kaum, da auch die dann zu erwartende Rente mit brutto 1.010 Euro (netto um die 900 Euro) zumindest für Singles unter der Grundsicherung liegt.

Erst ein Stundenlohn von 14 Euro führt zu einer Nettorente von über 1.000 Euro im Monat und ein Stundenlohn von 16,50 Euro kann mit einer zu erwartenden Nettorente um 1.200 Euro im Monat als weitgehend armutsfest bezeichnet werden.

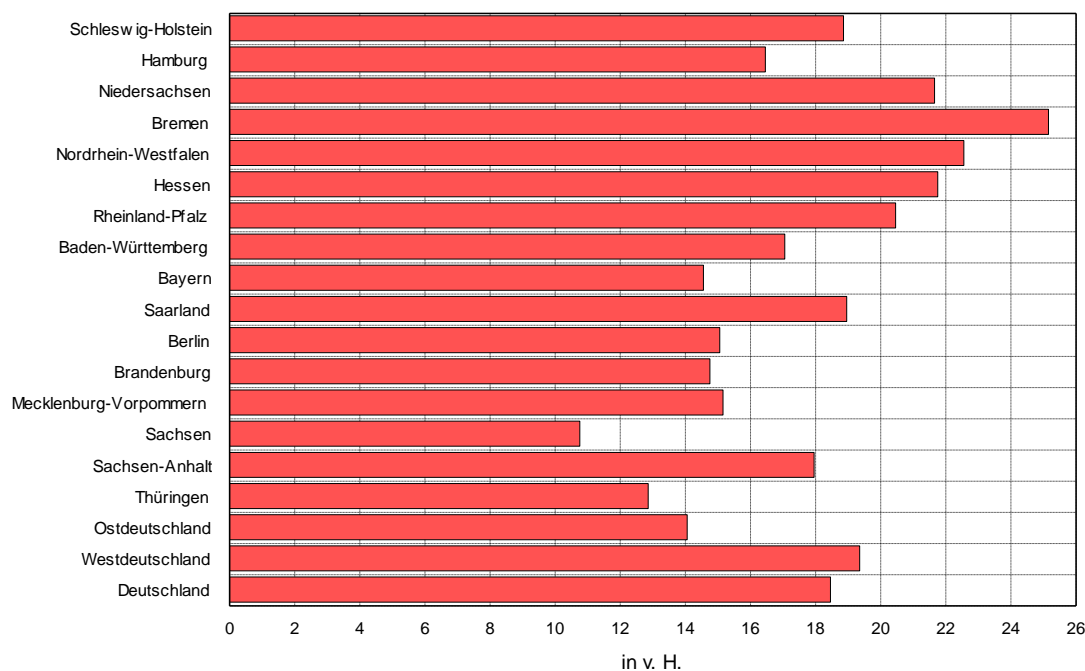
Das Bürgergeld beträgt vom kommenden Jahr an 563 Euro für einen Single-Haushalt zuzüglich der Kosten der Unterkunft, für die von den Job-Centern im Juli 2023 im bundesweiten Durchschnitt 454 Euro für Single-Haushalte gezahlt wurden. Daraus errechnet sich ein „Monatseinkommen“ von über 1.100 Euro in der Grundsicherung. Wenn Arbeit sich auch langfristig für den Ruhestand lohnen soll, brauchen wir Löhne die vor Altersarmut schützen.

3 Fachkräfte-Entwicklung

Trotz hoher Zuwanderung wird inzwischen nicht mehr nur vom Fachkräftemangel gesprochen, sondern es wird ein genereller Arbeitskräftemangel konstatiert. Die demografischen Gründe sind bekannt. Während bereits heute starke Jahrgänge aus dem Erwerbsleben ausscheiden, rücken gegenwärtig die Kinder der geburtenschwachen Jahrgänge der 1970er und 1980er Jahre ins Erwerbsleben ein.

Der Ruf nach zusätzlich Arbeitskräften, die in der heutigen Arbeitswelt soweit möglich auch über eine Berufsausbildung verfügen sollten, sollte in einem dualen Ausbildungssystem auch zu einer entsprechenden Erhöhung der Ausbildungsaktivitäten führen. Der Anteil der Menschen im Alter von 25 bis 34 Jahren ohne Berufsabschluss ist mit 18,5 Prozent (**Abbildung 4**) auf einem Niveau, das mit den Bedürfnissen der Wirtschaft und Bevölkerung kaum zu vereinbaren ist. Ein beruflicher Abschluss bietet in der Regel auch Schutz vor Niedriglohnbezug und stellt somit einen wichtigen Armutsschutz dar.

Abbildung 4: Anteil der 25- bis 34-jährigen Bevölkerung ohne Berufsabschluss im Jahr 2021

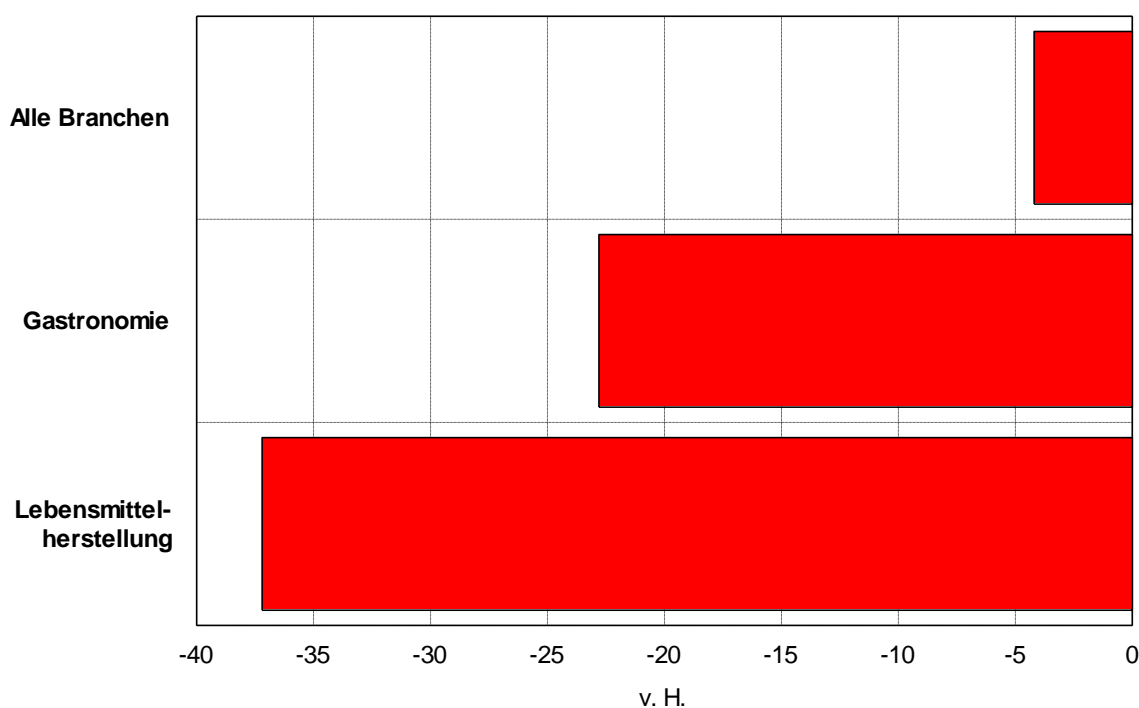


In den vergangenen zehn Jahren haben sich die Anteile der Helfer und der Fachkräfte unter den Beschäftigten gegenläufig entwickelt. In einzelnen Branchen sind die Entwicklung besonders stark gewesen. So stieg der Anteil der Helfer über alle Branchen von 13,4 Prozent im Jahr 2013 auf 16,1 % im Jahr 2023 (jeweils März des Jahres). In der Lebensmittelherstellung stieg der Helferanteil von 37,3 Prozent auf 43,9 Prozent und in der Gastronomie waren im Jahr 2023 fast 48 Prozent der beschäftigten Helfer, nachdem dieser Anteil 2013 noch bei nur 19,4 % lag.

Entsprechend haben sich die Anteile der Fachkräfte reduziert. Über alle Branchen ging der Fachkräfteanteil um 5-Prozentpunkte auf knapp 55 Prozent zurück. In der Lebensmittelherstellung betrug der Rückgang gut 6 Prozentpunkte auf 51 Prozent und in der Gastronomie waren 2023 nur 46,3 Prozent der Beschäftigten Fachkräfte, über 27 Prozentpunkte weniger als 2013.

Blickt man auf die Entwicklung der Zahl der Auszubildenden (**Abbildung 5**), so ist eine Trendwende bei der Fachkräfteentwicklung nicht absehbar. Über alle Branchen war der Rückgang mit 4,2 Prozent bereits kein positives Signal, aber die Rückgänge in der Gastronomie (-22,8 Prozent) und der Lebensmittelherstellung (-37,2 Prozent) lassen für diese Branchen einen stetig steigenden Fachkräftemangel erwarten.

Abbildung 5: Entwicklung der Zahl an Auszubildenden von 2013 bis 2023 (jeweils März des Jahres)



4 Halbjahresbilanz 2023 der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) der Zollverwaltung

Zu den Aufgaben der FKS finden sich auf der Seite des Bundesfinanzministeriums folgende Ausführungen¹.

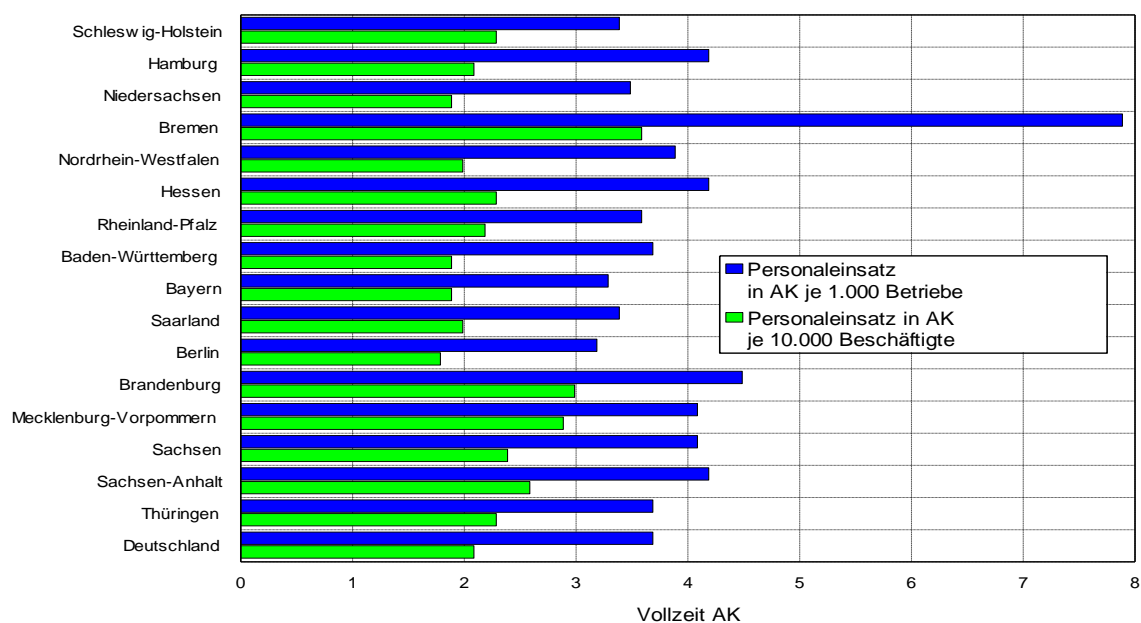
„Auf der Grundlage des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes haben die Beschäftigten der FKS umfangreiche Prüf- und Ermittlungsbefugnisse. Sie führen Personenbefragungen durch und prüfen Geschäftsunterlagen. Bei der Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten haben sie nach der Strafprozessordnung und dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten die gleichen Befugnisse wie die Polizeivollzugsbehörden.

Die FKS arbeitet intensiv mit Behörden und sonstigen Stellen des Bundes, der Länder und der Kommunen zusammen, die in die Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung eingebunden sind. Dies gilt auch für den grenzüberschreitenden Austausch mit ausländischen Behörden und Stellen.

Mit ihrer täglichen Arbeit sorgt die FKS für gerechte Arbeitsbedingungen, fairen Wettbewerb und den Erhalt legaler Arbeitsplätze. Sie leistet einen bedeutenden Beitrag zur Sicherung der Steuereinnahmen des Staates und der Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen.“

Grundvoraussetzung für die Erfüllung der Aufgaben ist ein hinreichender Personalbestand. Das eingesetzte Personal je 1.000 Betriebe bzw. je 10.000 Beschäftigte zeigt **Abbildung 6** nach Bundesländern

Abbildung 6: Personaleinsatz der Hauptzollämter je 1.000 Betriebe und je 10.000 Beschäftigte 2023

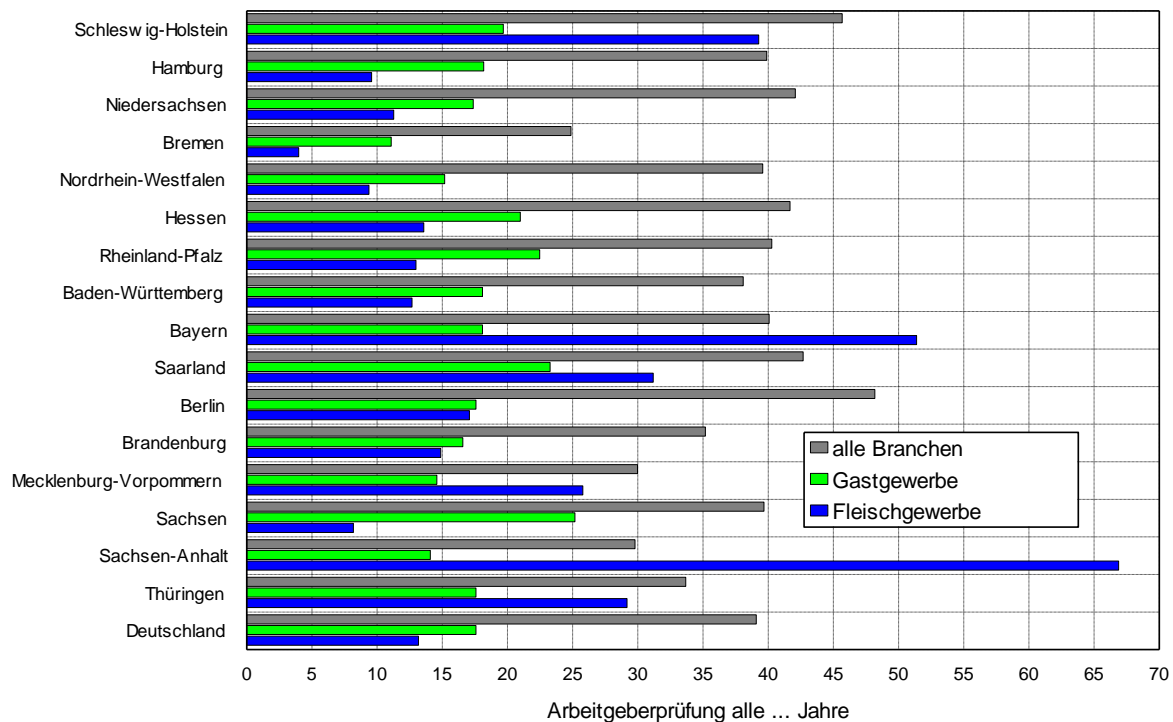


¹ https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Glossareintraege/F/006_Finanzkontrolle_Schwarzarbeit_FKS.html?view=renderHelp

Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind beträchtlich. Die Zahl der eingesetzten Mitarbeiter (Vollzeit Arbeitskräfte) reicht von 3,2 in Berlin bis 7,9 in Bremen; der Durchschnitt liegt bei 3,7.

Die Aufgabenerfüllung hat ebenfalls zur Voraussetzung, dass die Arbeitgeberprüfungen in einem überschaubaren Turnus erfolgen. Den aus dem Durchschnitt der Halbjahreszahlen zu den Arbeitgeberprüfungen abgeleiteten Prüfturnus für „alle Branchen“ sowie für das „Gastgewerbe“ und das „Fleischgewerbe“ zeigt **Abbildung 7**.

Abbildung 7: Durchschnittlicher Prüfturnus nach den Daten 2022/2023



Der Prüfturnus reicht über „alle Branchen“ von 25 Jahren in Bremen bis 48 Jahre in Berlin. Auch wenn sich hier ein positiver Zusammenhang zwischen Prüfturnus und Personaleinsatz zeigt, so scheint der Prüfturnus doch auch in Bremen unzureichend. Insgesamt erscheint eine Personalaufstockung bei der FKS geboten.

Die vollständigen Ergebnisse der Auswertung der Zollkontrollen des ersten Halbjahres 2023 im Vergleich zum ersten Halbjahr 2022 finden sich im **Anhang B**.

Anhang A

Betrachtungen zur fairen Bezahlung auf Länderebene

Tabelle A1: Mit unter 14 Euro/Stunde entlohnte Beschäftigungsverhältnisse Ende 2023 nach Bundesländern

Bundesland	mit unter 14 Euro/Stunde entlohnte Beschäftigungsverhältnisse			
	Vollzeit	Teilzeit	geringfügige	gesamt
Schleswig-Holstein	84.000	126.000	159.000	369.000
Hamburg	64.000	78.000	78.000	220.000
Niedersachsen	252.000	340.000	443.000	1.035.000
Bremen	25.000	33.000	36.000	94.000
Nordrhein-Westfalen	542.000	668.000	929.000	2.139.000
Hessen	181.000	228.000	282.000	691.000
Rheinland-Pfalz	116.000	151.000	220.000	487.000
Baden-Württemberg	303.000	342.000	512.000	1.157.000
Bayern	392.000	478.000	647.000	1.517.000
Saarland	31.000	36.000	51.000	118.000
Berlin	116.000	180.000	119.000	415.000
Brandenburg	96.000	140.000	103.000	339.000
Mecklenburg-Vorpommern	68.000	95.000	74.000	237.000
Sachsen	180.000	269.000	187.000	636.000
Sachsen-Anhalt	90.000	123.000	83.000	296.000
Thüringen	99.000	123.000	103.000	325.000
Deutschland	2.639.000	3.410.000	4.026.000	10.075.000

Tabelle A2: Zusätzlicher Bruttolohn bei einer Erhöhung der bisher mit unter 14 Euro/Stunde entlohten Beschäftigungsverhältnisse auf 14 Euro/Stunde nach Bundesländern

Bundesland	zusätzlicher Bruttolohn in Mio. Euro/Jahr			
	Vollzeit	Teilzeit	geringfügige	gesamt
Schleswig-Holstein	464	356	217	1.037
Hamburg	350	222	106	678
Niedersachsen	1.388	964	603	2.955
Bremen	135	93	48	276
Nordrhein-Westfalen	2.985	1.894	1.265	6.144
Hessen	997	645	384	2.026
Rheinland-Pfalz	637	428	299	1.364
Baden-Württemberg	1.670	968	698	3.336
Bayern	2.158	1.355	881	4.394
Saarland	171	103	69	343
Berlin	637	509	162	1.308
Brandenburg	530	397	141	1.068
Mecklenburg-Vorpommern	373	271	101	745
Sachsen	988	762	255	2.005
Sachsen-Anhalt	495	350	113	958
Thüringen	543	349	140	1.032
Deutschland	14.521	9.666	5.482	29.669

Tabelle A3: Zusätzlicher Nettolohn bei einer Erhöhung der bisher mit unter 14 Euro/Stunde entlohten Beschäftigungsverhältnisse auf 14 Euro/Stunde nach Bundesländern

Bundesland	zusätzlicher Nettolohn in Mio. Euro/Jahr			
	Vollzeit	Teilzeit	geringfügige	gesamt
Schleswig-Holstein	325	267	217	809
Hamburg	245	166	106	517
Niedersachsen	972	723	603	2.298
Bremen	94	70	48	212
Nordrhein-Westfalen	2.090	1.420	1.265	4.775
Hessen	698	484	384	1.566
Rheinland-Pfalz	446	321	299	1.066
Baden-Württemberg	1.169	726	698	2.593
Bayern	1.511	1.017	881	3.409
Saarland	120	77	69	266
Berlin	446	382	162	990
Brandenburg	371	298	141	810
Mecklenburg-Vorpommern	261	203	101	565
Sachsen	692	572	255	1.519
Sachsen-Anhalt	347	262	113	722
Thüringen	380	262	140	782
Deutschland	10.167	7.250	5.482	22.899

Tabelle A4: Zusätzliche Sozialabgaben bei einer Erhöhung der bisher mit unter 14 Euro/Stunde entlohnten Beschäftigungsverhältnisse auf 14 Euro/Stunde nach Bundesländern

Bundesland	zusätzliche Sozialabgaben in Mio. Euro/Jahr			
	Vollzeit	Teilzeit	geringfügige	gesamt
Schleswig-Holstein	186	143	28	357
Hamburg	140	89	14	243
Niedersachsen	555	386	78	1.019
Bremen	54	37	6	97
Nordrhein-Westfalen	1.194	757	164	2.115
Hessen	399	258	50	707
Rheinland-Pfalz	255	171	39	465
Baden-Württemberg	668	387	91	1.146
Bayern	863	542	115	1.520
Saarland	69	41	9	119
Berlin	255	203	21	479
Brandenburg	212	159	18	389
Mecklenburg-Vorpommern	149	108	13	270
Sachsen	395	305	33	733
Sachsen-Anhalt	198	140	15	353
Thüringen	217	140	18	375
Deutschland	5.809	3.866	712	10.387

Tabelle A5: Zusätzliche Steuereinnahmen (nur Einkommensteuer) bei einer Erhöhung der bisher mit unter 14 Euro/Stunde entlohnten Beschäftigungsverhältnisse auf 14 Euro/Stunde nach Bundesländern

Bundesland	zusätzliche Lohnsteuer in Mio. Euro/Jahr			
	Vollzeit	Teilzeit	geringfügige	gesamt
Schleswig-Holstein	35	11	2	48
Hamburg	139	48	12	199
Niedersachsen	13	5	1	19
Bremen	299	95	25	419
Nordrhein-Westfalen	100	32	8	140
Hessen	64	21	6	91
Rheinland-Pfalz	167	48	14	229
Baden-Württemberg	216	68	18	302
Bayern	17	5	1	23
Saarland	64	25	3	92
Berlin	53	20	3	76
Brandenburg	37	14	2	53
Mecklenburg-Vorpommern	99	38	5	142
Sachsen	50	17	2	69
Sachsen-Anhalt	54	17	3	74
Thüringen	217	140	18	375
Deutschland	1.624	604	123	2.351

Anhang B

Halbjahresbilanz 2023 der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) der Zollverwaltung

Tabelle B1: Personaleinsatz der Hauptzollämter nach dem Sitzland der Hauptzollämter

Bundesland	Personaleinsatz in AK	Betriebe 1.1.2023 (Zahl)	Beschäftigte 1.1.2023 (Zahl)	Personaleinsatz in AK je 1.000 Betriebe	Personaleinsatz in AK je 10.000 Beschäftigte
Schleswig-Holstein	273	79.456	1.201.006	3,4	2,3
Hamburg	236	55.728	1.151.120	4,2	2,1
Niedersachsen	680	194.517	3.517.407	3,5	1,9
Bremen	159	20.254	447.116	7,9	3,6
Nordrhein-Westfalen	1.687	437.447	8.359.781	3,9	2,0
Hessen	702	167.450	3.073.742	4,2	2,3
Rheinland-Pfalz	241	67.103	1.091.211	3,6	2,2
Baden-Württemberg	1.068	292.436	5.736.859	3,7	1,9
Bayern	1.227	371.402	6.602.546	3,3	1,9
Saarland	175	51.107	863.597	3,4	2,0
Berlin	326	100.889	1.806.953	3,2	1,8
Brandenburg	292	65.433	965.705	4,5	3,0
Mecklenburg-Vorpommern	184	45.145	636.403	4,1	2,9
Sachsen	287	69.507	1.195.920	4,1	2,4
Sachsen-Anhalt	224	53.497	871.105	4,2	2,6
Thüringen	345	92.352	1.477.321	3,7	2,3
Deutschland	8.106	2.163.723	38.997.792	3,7	2,1

Tabelle B2: Arbeitgeberprüfungen - alle Branchen -

Bundesland	1. Halb-jahr 2022	1. Halb-jahr 2023	Betriebe 1.1.2023	Prüf. je 100 Betriebe		Prüfrisiko alle ... Jahre	
				1. Halb-jahr 2022	1. Halb-jahr 2023	1. Halb-jahr 2022	1. Halb-jahr 2023
Schleswig-Holstein	862	874	79.456	1,1	1,1	46	45
Hamburg	768	637	55.728	1,4	1,1	36	44
Niedersachsen	2.220	2.402	194.517	1,1	1,2	44	40
Bremen	538	324	20.254	2,7	1,6	19	31
Nordrhein-Westfalen	5.530	5.486	437.447	1,3	1,3	40	40
Hessen	2.027	1.981	167.450	1,2	1,2	41	42
Rheinland-Pfalz	904	769	67.103	1,3	1,1	37	44
Baden-Württemberg	3.905	3.745	292.436	1,3	1,3	37	39
Bayern	4.715	4.527	371.402	1,3	1,2	39	41
Saarland	591	602	51.107	1,2	1,2	43	42
Berlin	980	1.116	100.889	1,0	1,1	51	45
Brandenburg	1.004	861	65.433	1,5	1,3	33	38
Mecklenburg-Vorpommern	748	753	45.145	1,7	1,7	30	30
Sachsen	1.037	755	69.507	1,5	1,1	34	46
Sachsen-Anhalt	847	945	53.497	1,6	1,8	32	28
Thüringen	1.490	1.258	92.352	1,6	1,4	31	37
Deutschland	28.166	27.035	2.163.723	1,3	1,2	38	40

**Tabelle B3: Arbeitgeberprüfungen - Gaststätten und Beherbergungsge-
werbe -**

Bundesland	1. Halb-jahr 2022	1. Halb-jahr 2023	Betriebe 1.1.2023	Prüf. je 100 Betriebe		Prüfrisiko alle ... Jahre	
				1. Halb-jahr 2022	1. Halb-jahr 2023	1. Halb-jahr 2022	1. Halb-jahr 2023
Schleswig-Holstein	136	170	5.993	2,3	2,8	22	18
Hamburg	83	160	4.001	2,1	4,0	24	13
Niedersachsen	331	435	13.183	2,5	3,3	20	15
Bremen	63	64	1.420	4,4	4,5	11	11
Nordrhein-Westfalen	790	1.059	27.725	2,8	3,8	18	13
Hessen	261	318	12.127	2,2	2,6	23	19
Rheinland-Pfalz	91	137	4.936	1,8	2,8	27	18
Baden-Württemberg	501	726	21.571	2,3	3,4	22	15
Bayern	655	831	26.737	2,4	3,1	20	16
Saarland	72	99	3.898	1,8	2,5	27	20
Berlin	240	263	8.908	2,7	3,0	19	17
Brandenburg	119	157	4.530	2,6	3,5	19	14
Mecklenburg-Vorpommern	134	148	4.140	3,2	3,6	15	14
Sachsen	108	86	4.848	2,2	1,8	22	28
Sachsen-Anhalt	105	170	3.688	2,8	4,6	18	11
Thüringen	160	173	5.882	2,7	2,9	18	17
Deutschland	3.849	4.996	153.587	2,5	3,3	20	15

Tabelle B4: Arbeitgeberprüfungen - Fleischwirtschaft -

Bundesland	1. Halb-jahr 2022	1. Halb-jahr 2023	Betriebe 1.1.2023	Prüf. je 100 Betriebe		Prüfrisiko alle ... Jahre	
				1. Halb-jahr 2022	1. Halb-jahr 2023	1. Halb-jahr 2022	1. Halb-jahr 2023
Schleswig-Holstein	17	1	149	11,4	0,7	4	75
Hamburg	1	9	35	2,9	25,7	18	2
Niedersachsen	27	26	602	4,5	4,3	11	12
Bremen	4	1	13	30,8	7,7	2	7
Nordrhein-Westfalen	68	37	910	7,5	4,1	7	12
Hessen	47	15	621	7,6	2,4	7	21
Rheinland-Pfalz	11	9	259	4,2	3,5	12	14
Baden-Württemberg	48	44	1.174	4,1	3,7	12	13
Bayern	130	9	1.734	7,5	0,5	7	96
Saarland	7	2	195	3,6	1,0	14	49
Berlin	1	9	62	1,6	14,5	31	3
Brandenburg	8	4	160	5,0	2,5	10	20
Mecklenburg-Vorpommern	10	1	94	10,6	1,1	5	47
Sachsen	19	8	186	10,2	4,3	5	12
Sachsen-Anhalt	1	1	134	0,7	0,7	67	67
Thüringen	17	4	380	4,5	1,1	11	48
Deutschland	416	180	6.708	6,2	2,7	8	19

Tabelle B5: Eingeleitete Ermittlungsverfahren – alle Branchen, alle Tatbestände -

Bundesland	Ordnungswidrigkeiten		Strafverfahren		gesamt	
	1. Halb-jahr 2022	1. Halb-jahr 2023	1. Halb-jahr 2022	1. Halb-jahr 2023	1. Halb-jahr 2022	1. Halb-jahr 2023
Schleswig-Holstein	619	932	2.104	1.686	2.723	2.618
Hamburg	447	787	850	1.310	1.297	2.097
Niedersachsen	1.376	1.791	4.517	4.246	5.893	6.037
Bremen	637	964	965	1.647	1.602	2.611
Nordrhein-Westfalen	5.447	4.949	14.393	12.989	19.840	17.938
Hessen	2.185	2.315	5.563	4.166	7.748	6.481
Rheinland-Pfalz	503	639	2.319	1.434	2.822	2.073
Baden-Württemberg	2.788	3.781	8.413	7.475	11.201	11.256
Bayern	2.983	3.503	8.186	7.167	11.169	10.670
Saarland	314	713	2.379	1.299	2.693	2.012
Berlin	715	926	2.649	2.219	3.364	3.145
Brandenburg	677	584	1.951	1.749	2.628	2.333
Mecklenburg-Vorpommern	292	542	1.110	1.300	1.402	1.842
Sachsen	550	438	2.167	1.948	2.717	2.386
Sachsen-Anhalt	407	613	1.551	1.182	1.958	1.795
Thüringen	829	921	2.672	2.124	3.501	3.045
Deutschland	20.769	24.398	61.789	53.941	82.558	78.339

Tabelle B6: Eingeleitete Ermittlungsverfahren je 1.000 Betriebe und je 10.000 Beschäftigte – alle Branchen, alle Tatbestände -

Bundesland	Betriebe 1.1.2023	Beschäftigte 1.1.2023	gesamt je 1.000 Betriebe		gesamt je 10.000 Beschäftigte	
			1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023
Schleswig-Holstein	79.456	1.201.006	34	33	23	22
Hamburg	55.728	1.151.120	23	38	11	18
Niedersachsen	194.517	3.517.407	30	31	17	17
Bremen	20.254	447.116	79	129	36	58
Nordrhein-Westfalen	437.447	8.359.781	45	41	24	21
Hessen	167.450	3.073.742	46	39	25	21
Rheinland-Pfalz	67.103	1.091.211	42	31	26	19
Baden-Württemberg	292.436	5.736.859	38	38	20	20
Bayern	371.402	6.602.546	30	29	17	16
Saarland	51.107	863.597	53	39	31	23
Berlin	100.889	1.806.953	33	31	19	17
Brandenburg	65.433	965.705	40	36	27	24
Mecklenburg-Vorpommern	45.145	636.403	31	41	22	29
Sachsen	69.507	1.195.920	39	34	23	20
Sachsen-Anhalt	53.497	871.105	37	34	22	21
Thüringen	92.352	1.477.321	38	33	24	21
Deutschland	2.163.723	38.997.792	38	36	21	20

Tabelle B7: Eingeleitete Ermittlungsverfahren – Gaststätten und Beherbergungsgewerbe, alle Tatbestände -

Bundesland	Ordnungswidrigkeiten		Strafverfahren		gesamt	
	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023
Schleswig-Holstein	168	186	258	261	426	447
Hamburg	110	195	115	203	225	398
Niedersachsen	329	561	309	352	638	913
Bremen	108	119	76	131	184	250
Nordrhein-Westfalen	1.001	1.211	1.039	1.115	2.040	2.326
Hessen	349	432	221	261	570	693
Rheinland-Pfalz	58	119	46	91	104	210
Baden-Württemberg	542	945	667	744	1.209	1.689
Bayern	632	813	893	1.065	1.525	1.878
Saarland	109	168	321	179	430	347
Berlin	204	389	242	377	446	766
Brandenburg	90	196	102	174	192	370
Mecklenburg-Vorpommern	81	132	27	61	108	193
Sachsen	229	203	217	214	446	417
Sachsen-Anhalt	62	144	18	48	80	192
Thüringen	169	283	180	200	349	483
Deutschland	4.241	6.096	4.731	5.476	8.972	11.572

Tabelle B8: Eingeleitete Ermittlungsverfahren je 1.000 Betriebe und je 10.000 Beschäftigte – Gaststätten und Beherbergungsgewerbe, alle Tatbestände -

Bundesland	Betriebe 1.1.2023	Beschäftigte 1.1.2023	gesamt je 1.000 Betriebe		gesamt je 10.000 Beschäftigte	
			1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023
Schleswig-Holstein	5.993	60.477	71	75	70	74
Hamburg	4.001	51.476	56	99	44	77
Niedersachsen	13.183	139.858	48	69	46	65
Bremen	1.420	18.127	130	176	102	138
Nordrhein-Westfalen	27.725	302.422	74	84	67	77
Hessen	12.127	117.325	47	57	49	59
Rheinland-Pfalz	4.936	47.811	21	43	22	44
Baden-Württemberg	21.571	203.774	56	78	59	83
Bayern	26.737	271.710	57	70	56	69
Saarland	3.898	35.973	110	89	120	96
Berlin	8.908	97.356	50	86	46	79
Brandenburg	4.530	37.200	42	82	52	99
Mecklenburg-Vorpommern	4.140	42.401	26	47	25	46
Sachsen	4.848	52.124	92	86	86	80
Sachsen-Anhalt	3.688	32.276	22	52	25	59
Thüringen	5.882	49.625	59	82	70	97
Deutschland	153.587	1.559.935	58	75	58	74

Tabelle B9: Eingeleitete Ermittlungsverfahren – Fleischwirtschaft, alle Tatbestände -

Bundesland	Ordnungswidrigkeiten		Strafverfahren		gesamt	
	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023
Schleswig-Holstein	2	0	3	0	5	0
Hamburg	0	2	1	0	1	2
Niedersachsen	29	29	9	15	38	44
Bremen	4	2	3	5	7	7
Nordrhein-Westfalen	43	48	26	34	69	82
Hessen	26	3	7	2	33	5
Rheinland-Pfalz	0	0	0	0	0	0
Baden-Württemberg	19	10	15	5	34	15
Bayern	30	18	30	19	60	37
Saarland	9	3	3	9	12	12
Berlin	2	6	2	1	4	7
Brandenburg	3	9	1	4	4	13
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	1	0	1	0
Sachsen	7	5	19	7	26	12
Sachsen-Anhalt	1	2	7	0	8	2
Thüringen	8	4	8	7	16	11
Deutschland	183	141	135	108	318	249

Tabelle B10: Eingeleitete Ermittlungsverfahren je 1.000 Betriebe und je 10.000 Beschäftigte – Fleischwirtschaft, alle Tatbestände -

Bundesland	Betriebe 1.1.2023	Beschäftigte 1.1.2023	gesamt je 1.000 Betriebe		gesamt je 10.000 Beschäftigte	
			1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023
Schleswig-Holstein	149	4.730	34	0	11	0
Hamburg	35	519	29	57	19	39
Niedersachsen	602	33.081	63	73	11	13
Bremen	13	131	538	538	534	534
Nordrhein-Westfalen	910	34.897	76	90	20	23
Hessen	621	10.578	53	8	31	5
Rheinland-Pfalz	259	3.639	0	0	0	0
Baden-Württemberg	1.174	24.362	29	13	14	6
Bayern	1.734	29.432	35	21	20	13
Saarland	195	2.965	62	62	40	40
Berlin	62	1.456	65	113	27	48
Brandenburg	160	3.591	25	81	11	36
Mecklenburg-Vorpommern	94	3.849	11	0	3	0
Sachsen	186	4.146	140	65	63	29
Sachsen-Anhalt	134	6.614	60	15	12	3
Thüringen	380	6.447	42	29	25	17
Deutschland	6.708	170.437	47	37	19	15

Tabelle B11: Schadenssumme Straftaten und Ordnungswidrigkeiten alle Tatbestände – alle Branchen -

Bundesland	Sozialversicherungsschäd.		Steuerschäden		gesamt	
	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)
Schleswig-Holstein	6.795.470	3.743.764	197.440	248.177	14.942.871	6.875.804
Hamburg	146.018	403.886	0	0	1.282.219	1.681.343
Niedersachsen	9.120.656	19.195.248	107.862	0	15.902.808	23.654.325
Bremen	5.369.875	5.162.515	2.994	0	6.700.929	7.560.133
Nordrhein-Westfalen	46.942.699	41.152.962	3.486.416	1.140.958	67.772.429	59.608.322
Hessen	31.527.203	20.489.897	5.107.991	9.449.381	44.855.183	35.522.427
Rheinland-Pfalz	7.728.504	2.998.591	885.937	103.277	10.703.393	4.350.300
Baden-Württemberg	18.935.794	33.868.462	718.200	1.974.074	31.542.019	44.945.637
Bayern	78.878.967	36.861.685	1.380.615	14.556	109.097.992	48.243.985
Saarland	3.959.351	5.261.470	383.117	0	6.627.633	7.739.702
Berlin	8.939.525	7.747.398	1.323.209	0	13.497.040	9.745.215
Brandenburg	5.412.540	10.681.674	593.814	0	8.613.182	11.746.708
Mecklenburg-Vorpommern	3.820.926	15.359.566	906.009	891.272	5.874.005	21.448.821
Sachsen	440.903	7.729.484	0	504.208	2.879.945	12.007.754
Sachsen-Anhalt	3.932.449	2.603.153	499.222	80.480	6.663.784	3.928.178
Thüringen	13.650.389	10.152.087	487.058	0	17.040.685	14.258.953
Deutschland	245.601.269	223.411.842	16.079.884	14.406.383	363.996.117	313.317.607

Tabelle B12: Schadenssumme Straftaten und Ordnungswidrigkeiten je 1.000 Betriebe und je 10.000 Beschäftigte, alle Tatbestände – alle Branchen -

Bundesland	Betriebe 1.1.2023 (Zahl)	Beschäftigte 1.1.2023 (Zahl)	ges. je 1.000 Betriebe		ges. je 10.000 Beschäft.	
			1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halb- jahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)
Schleswig-Holstein	79.456	1.201.006	188.065	86.536	124.420	57.250
Hamburg	55.728	1.151.120	23.009	30.171	11.139	14.606
Niedersachsen	194.517	3.517.407	81.755	121.605	45.212	67.249
Bremen	20.254	447.116	330.845	373.266	149.870	169.087
Nordrhein-Westfalen	437.447	8.359.781	154.927	136.264	81.070	71.304
Hessen	167.450	3.073.742	267.872	212.138	145.930	115.567
Rheinland-Pfalz	67.103	1.091.211	159.507	64.830	98.087	39.867
Baden-Württemberg	292.436	5.736.859	107.860	153.694	54.981	78.345
Bayern	371.402	6.602.546	293.746	129.897	165.236	73.069
Saarland	51.107	863.597	129.682	151.441	76.745	89.622
Berlin	100.889	1.806.953	133.781	96.593	74.695	53.932
Brandenburg	65.433	965.705	131.634	179.523	89.191	121.639
Mecklenburg-Vorpommern	45.145	636.403	130.114	475.110	92.300	337.032
Sachsen	69.507	1.195.920	41.434	172.756	24.081	100.406
Sachsen-Anhalt	53.497	871.105	124.564	73.428	76.498	45.094
Thüringen	92.352	1.477.321	184.519	154.398	115.349	96.519
Deutschland	2.163.723	38.997.792	168.227	144.805	93.338	80.342

Tabelle B13: Schadenssumme Straftaten und Ordnungswidrigkeiten alle Tatbestände – Gaststätten und Beherbergungsgewerbe -

Bundesland	Sozialversicherungsschäd.		Steuerschäden		gesamt	
	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halb- jahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)
Schleswig-Holstein	305.136	74.458	0	0	507.621	211.326
Hamburg	2.325	5.998	0	0	57.212	109.108
Niedersachsen	330.504	415.437	0	0	521.696	632.082
Bremen	196.179	84.652	0	0	262.743	137.096
Nordrhein-Westfalen	489.389	728.459	321.751	3.487	1.629.006	1.169.851
Hessen	114.621	736.909	0	2.381.946	201.980	3.303.923
Rheinland-Pfalz	217	1.890	0	0	721	19.497
Baden-Württemberg	432.701	406.842	0	284	825.865	984.528
Bayern	1.560.014	2.008.500	0	0	3.650.554	2.764.178
Saarland	79.486	124.466	0	0	240.482	243.486
Berlin	1.456.344	2.061.545	0	0	1.502.865	2.095.069
Brandenburg	132.198	15.879	0	0	197.467	23.011
Mecklenburg-Vorpommern	348.068	1.083.622	0	0	410.710	1.749.996
Sachsen	26.823	56.831	0	0	119.554	148.626
Sachsen-Anhalt	296.926	12.466	0	0	315.851	23.355
Thüringen	2.148.445	105.045	0	0	2.355.630	672.486
Deutschland	7.919.376	7.922.999	321.751	2.385.717	12.799.957	14.287.618

Tabelle B14: Schadenssumme Straftaten und Ordnungswidrigkeiten je 1.000 Betriebe und je 10.000 Beschäftigte, alle Tatbestände – Gaststätten und Beherbergungsgewerbe -

Bundesland	Betriebe 1.1.2023 (Zahl)	Beschäftigte 1.1.2023 (Zahl)	gesamt je 1.000 Betriebe		ges. je 10.000 Beschäft.	
			1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)
Schleswig-Holstein	5.993	60.477	84.702	35.262	83.936	34.943
Hamburg	4.001	51.476	14.299	27.270	11.114	21.196
Niedersachsen	13.183	139.858	39.573	47.947	37.302	45.195
Bremen	1.420	18.127	185.030	96.546	144.946	75.631
Nordrhein-Westfalen	27.725	302.422	58.756	42.195	53.865	38.683
Hessen	12.127	117.325	16.655	272.444	17.215	281.604
Rheinland-Pfalz	4.936	47.811	146	3.950	151	4.078
Baden-Württemberg	21.571	203.774	38.286	45.641	40.528	48.315
Bayern	26.737	271.710	136.536	103.384	134.355	101.733
Saarland	3.898	35.973	61.694	62.464	66.851	67.686
Berlin	8.908	97.356	168.710	235.190	154.368	215.197
Brandenburg	4.530	37.200	43.591	5.080	53.083	6.186
Mecklenburg-Vorpommern	4.140	42.401	99.205	422.704	96.863	412.725
Sachsen	4.848	52.124	24.660	30.657	22.936	28.514
Sachsen-Anhalt	3.688	32.276	85.643	6.333	97.859	7.236
Thüringen	5.882	49.625	400.481	114.329	474.686	135.514
Deutschland	153.587	1.559.935	83.340	93.026	82.054	91.591

Tabelle B15: Schadenssumme Straftaten und Ordnungswidrigkeiten alle Tatbestände – Fleischwirtschaft -

Bundesland	Sozialversicherungsschäd.		Steuerschaden		gesamt	
	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halb- jahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)
Schleswig-Holstein	0	0	0	0	5.104	288
Hamburg	0	0	0	0	1.987	0
Niedersachsen	1.056.710	198	0	0	1.064.804	1.711
Bremen	0	0	0	0	2.705	180
Nordrhein-Westfalen	112	0	0	0	19.963	35.294
Hessen	0	7.180	0	0	17.542	7.180
Rheinland-Pfalz	0	0	0	0	0	0
Baden-Württemberg	37.998	0	0	0	70.173	8.080
Bayern	0	279.782	0	0	13.764	288.055
Saarland	0	0	0	0	8.346	7.536
Berlin	3.250	0	0	0	3.647	0
Brandenburg	0	419	0	0	285	419
Mecklenburg-Vorpommern	0	56	0	0	0	905
Sachsen	590	0	0	0	10.267	3.256
Sachsen-Anhalt	388	0	0	0	10.234	0
Thüringen	5.166	0	0	0	21.018	6.370
Deutschland	1.104.214	287.635	0	0	1.249.839	359.274

Tabelle B16: Schadenssumme Straftaten und Ordnungswidrigkeiten je 1.000 Betriebe und je 10.000 Beschäftigte, alle Tatbestände – Fleischwirtschaft -

	Betriebe 1.1.2023 (Zahl)	Beschäftigte 1.1.2023 (Zahl)	gesamt je 1.000 Betriebe		ges. je 10.000 Beschäft.	
			1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)
Bundesland						
Schleswig-Holstein	149	4.730	34.255	1.933	10.791	609
Hamburg	35	519	56.771	0	38.285	0
Niedersachsen	602	33.081	1.768.777	2.842	321.878	517
Bremen	13	131	208.077	13.846	206.489	13.740
Nordrhein-Westfalen	910	34.897	21.937	38.785	5.721	10.114
Hessen	621	10.578	28.248	11.562	16.583	6.788
Rheinland-Pfalz	259	3.639	0	0	0	0
Baden-Württemberg	1.174	24.362	59.773	6.882	28.804	3.317
Bayern	1.734	29.432	7.938	166.122	4.677	97.871
Saarland	195	2.965	42.800	38.646	28.148	25.417
Berlin	62	1.456	58.823	0	25.048	0
Brandenburg	160	3.591	1.781	2.619	794	1.167
Mecklenburg-Vorpommern	94	3.849	0	9.628	0	2.351
Sachsen	186	4.146	55.199	17.505	24.764	7.853
Sachsen-Anhalt	134	6.614	76.373	0	15.473	0
Thüringen	380	6.447	55.311	16.763	32.601	9.881
Deutschland	6.708	170.437	186.321	53.559	73.331	21.080

Tabelle B17: Geldstrafen sowie festgesetzte Verwarnungs-, Bußgelder, Einziehungs- und Verfallbeträge – alle Branchen -

	Geldstrafen		Verwarnungs-, Bußgelder, Einziehungs- und Verfallbeträge		gesamt	
	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)
Bundesland						
Schleswig-Holstein	307.770	313.570	396.029	652.384	703.799	965.954
Hamburg	198.050	109.180	297.119	670.954	495.169	780.134
Niedersachsen	1.555.985	1.165.305	1.179.106	1.073.627	2.735.091	2.238.932
Bremen	225.085	284.453	159.862	217.502	384.947	501.954
Nordrhein-Westfalen	4.014.985	3.017.240	3.269.995	5.452.607	7.284.980	8.469.847
Hessen	1.063.276	976.425	1.303.151	934.619	2.366.427	1.911.044
Rheinland-Pfalz	732.205	628.880	170.505	276.509	902.710	905.389
Baden-Württemberg	2.772.112	2.412.562	3.110.412	2.598.137	5.882.524	5.010.699
Bayern	6.109.059	3.228.985	5.077.017	2.482.657	11.186.076	5.711.642
Saarland	478.965	353.390	246.121	177.583	725.086	530.973
Berlin	1.344.545	1.020.420	465.796	521.131	1.810.341	1.541.551
Brandenburg	472.705	413.425	310.348	281.350	783.053	694.775
Mecklenburg-Vorpommern	337.415	283.020	205.345	278.080	542.760	561.100
Sachsen	665.219	510.348	88.075	186.692	753.294	697.040
Sachsen-Anhalt	589.725	581.720	265.191	1.062.433	854.916	1.644.153
Thüringen	801.265	909.133	470.709	7.082.615	1.271.974	7.991.748
Deutschland	21.668.366	16.208.056	17.014.779	23.948.879	38.683.145	40.156.935

Tabelle B18: Geldstrafen sowie festgesetzte Verwarnungs-, Bußgelder, Einziehung- und Verfallbeträge je 1.000 Betriebe und je 10.000 Beschäftigte, alle Tatbestände – alle Branchen -

Bundesland	Betriebe 1.1.2023 (Zahl)	Beschäftigte 1.1.2023 (Zahl)	gesamt je 1.000 Betriebe		ges. je 10.000 Beschäft.	
			1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)
Schleswig-Holstein	79.456	1.201.006	8.858	12.157	5.860	8.043
Hamburg	55.728	1.151.120	8.885	13.999	4.302	6.777
Niedersachsen	194.517	3.517.407	14.061	11.510	7.776	6.365
Bremen	20.254	447.116	19.006	24.783	8.610	11.226
Nordrhein-Westfalen	437.447	8.359.781	16.653	19.362	8.714	10.132
Hessen	167.450	3.073.742	14.132	11.413	7.699	6.217
Rheinland-Pfalz	67.103	1.091.211	13.453	13.493	8.273	8.297
Baden-Württemberg	292.436	5.736.859	20.116	17.134	10.254	8.734
Bayern	371.402	6.602.546	30.119	15.379	16.942	8.651
Saarland	51.107	863.597	14.188	10.389	8.396	6.148
Berlin	100.889	1.806.953	17.944	15.280	10.019	8.531
Brandenburg	65.433	965.705	11.967	10.618	8.109	7.194
Mecklenburg-Vorpommern	45.145	636.403	12.023	12.429	8.529	8.817
Sachsen	69.507	1.195.920	10.838	10.028	6.299	5.828
Sachsen-Anhalt	53.497	871.105	15.981	30.734	9.814	18.874
Thüringen	92.352	1.477.321	13.773	86.536	8.610	54.096
Deutschland	2.163.723	38.997.792	17.878	18.559	9.919	10.297

Tabelle B19: Geldstrafen sowie festgesetzte Verwarnungs-, Bußgelder, Einziehungs- und Verfallbeträge alle Tatbestände – Gaststätten und Beherbergungsgewerbe -

	Geldstrafen		Verwarnungs-, Bußgelder, Einziehungs- und Verfallbeträge		gesamt	
	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)
Bundesland						
Schleswig-Holstein	18.575	30.325	50.847	76.666	69.422	106.991
Hamburg	1.750	20.210	26.088	40.741	27.838	60.951
Niedersachsen	44.700	70.885	223.435	351.357	268.135	422.242
Bremen	2.700	15.838	14.325	43.510	17.025	59.348
Nordrhein-Westfalen	87.995	93.855	1.312.876	729.863	1.400.871	823.718
Hessen	6.470	13.650	149.643	262.040	156.113	275.690
Rheinland-Pfalz	1.800	15.600	40.855	48.570	42.655	64.170
Baden-Württemberg	62.475	149.025	316.910	963.800	379.385	1.112.825
Bayern	131.780	297.905	867.928	544.240	999.708	842.145
Saarland	26.650	32.695	90.075	52.426	116.725	85.121
Berlin	11.750	131.475	119.586	192.159	131.336	323.634
Brandenburg	1.250	8.200	67.406	80.492	68.656	88.692
Mecklenburg-Vorpommern	0	3.300	52.305	152.350	52.305	155.650
Sachsen	5.660	33.215	34.185	94.115	39.845	127.330
Sachsen-Anhalt	0	9.000	46.134	91.966	46.134	100.966
Thüringen	35.666	33.850	112.332	206.350	147.998	240.200
Deutschland	439.221	959.028	3.524.929	3.930.642	3.964.150	4.889.670

Tabelle B20: Geldstrafen sowie festgesetzte Verwarnungs-, Bußgelder, Einziehung- und Verfallbeträge je 1.000 Betriebe und je 10.000 Beschäftigte, alle Tatbestände – Gaststätten und Beherbergungsgewerbe -

Bundesland	Betriebe 1.1.2023 (Zahl)	Beschäftigte 1.1.2023 (Zahl)	gesamt je 1.000 Betriebe		ges. je 10.000 Beschäft.	
			1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)
Schleswig-Holstein	5.993	60.477	11.584	17.853	11.479	17.691
Hamburg	4.001	51.476	6.958	15.234	5.408	11.841
Niedersachsen	13.183	139.858	20.339	32.029	19.172	30.191
Bremen	1.420	18.127	11.989	41.794	9.392	32.740
Nordrhein-Westfalen	27.725	302.422	50.527	29.710	46.322	27.237
Hessen	12.127	117.325	12.873	22.734	13.306	23.498
Rheinland-Pfalz	4.936	47.811	8.642	13.000	8.922	13.422
Baden-Württemberg	21.571	203.774	17.588	51.589	18.618	54.611
Bayern	26.737	271.710	37.390	31.497	36.793	30.994
Saarland	3.898	35.973	29.945	21.837	32.448	23.662
Berlin	8.908	97.356	14.744	36.331	13.490	33.242
Brandenburg	4.530	37.200	15.156	19.579	18.456	23.842
Mecklenburg-Vorpommern	4.140	42.401	12.634	37.597	12.336	36.709
Sachsen	4.848	52.124	8.219	26.264	7.644	24.428
Sachsen-Anhalt	3.688	32.276	12.509	27.377	14.294	31.282
Thüringen	5.882	49.625	25.161	40.836	29.823	48.403
Deutschland	153.587	1.559.935	25.810	31.836	25.412	31.345

Tabelle B21: Geldstrafen sowie festgesetzte Verwarnungs-, Bußgelder, Einziehungs- und Verfallbeträge alle Tatbestände – Fleischwirtschaft -

Bundesland	Geldstrafen		Verwarnungs-, Bußgelder, Einziehungs- und Verfallbeträge		gesamt	
	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)
Schleswig-Holstein	0	0	2.798	65	2.798	65
Hamburg	0	0	0	1.000	0	1.000
Niedersachsen	2.025	3.275	10.745	16.100	12.770	19.375
Bremen	1.500	600	1.035	390	2.535	990
Nordrhein-Westfalen	5.200	6.700	10.065	24.785	15.265	31.485
Hessen	0	0	2.680	1.725	2.680	1.725
Rheinland-Pfalz	0	0	0	0	0	0
Baden-Württemberg	1.900	0	3.800	4.360	5.700	4.360
Bayern	1.300	4.800	22.340	35.515	23.640	40.315
Saarland	1.400	2.300	4.000	555	5.400	2.855
Berlin	0	0	1.500	3.250	1.500	3.250
Brandenburg	1.050	0	0	2.500	1.050	2.500
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	2.500	390	2.500	390
Sachsen	0	4.500	200	45	200	4.545
Sachsen-Anhalt	0	0	0	250	0	250
Thüringen	3.000	0	0	0	3.000	0
Deutschland	17.375	22.175	61.663	90.930	79.038	113.105

Tabelle B22: Geldstrafen sowie festgesetzte Verwarnungs-, Bußgelder, Einziehung- und Verfallbeträge je 1.000 Betriebe und je 10.000 Beschäftigte, alle Tatbestände – Fleischwirtschaft -

Bundesland	Betriebe 1.1.2023 (Zahl)	Beschäftigte 1.1.2023 (Zahl)	gesamt je 1.000 Betriebe		ges. je 10.000 Beschäft.	
			1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)
Schleswig-Holstein	149	4.730	18.779	436	5.915	137
Hamburg	35	519	0	28.571	0	19.268
Niedersachsen	602	33.081	21.213	32.184	3.860	5.857
Bremen	13	131	195.000	76.154	193.511	75.573
Nordrhein-Westfalen	910	34.897	16.775	34.599	4.374	9.022
Hessen	621	10.578	4.316	2.778	2.534	1.631
Rheinland-Pfalz	259	3.639	0	0	0	0
Baden-Württemberg	1.174	24.362	4.855	3.714	2.340	1.790
Bayern	1.734	29.432	13.633	23.250	8.032	13.698
Saarland	195	2.965	27.692	14.641	18.212	9.629
Berlin	62	1.456	24.194	52.419	10.302	22.321
Brandenburg	160	3.591	6.563	15.625	2.924	6.962
Mecklenburg-Vorpommern	94	3.849	26.596	4.149	6.495	1.013
Sachsen	186	4.146	1.075	24.435	482	10.962
Sachsen-Anhalt	134	6.614	0	1.866	0	378
Thüringen	380	6.447	7.895	0	4.653	0
Deutschland	6.708	170.437	11.783	16.861	4.637	6.636

Tabelle B23: Eingeleitete Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen Verstößen gegen Mindestentgeltvorschriften* – alle Branchen -

Bundesland	AÜG, AEntG und MiLoG		davon MiLoG		gesamt	
	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023
Schleswig-Holstein	42	54	20	38	79.456	1.201.006
Hamburg	37	90	25	81	55.728	1.151.120
Niedersachsen	118	155	67	103	194.517	3.517.407
Bremen	22	97	15	64	20.254	447.116
Nordrhein-Westfalen	398	393	229	284	437.447	8.359.781
Hessen	161	252	93	162	167.450	3.073.742
Rheinland-Pfalz	33	55	21	32	67.103	1.091.211
Baden-Württemberg	152	263	93	204	292.436	5.736.859
Bayern	270	343	187	241	371.402	6.602.546
Saarland	50	60	34	52	51.107	863.597
Berlin	88	94	57	75	100.889	1.806.953
Brandenburg	48	71	24	51	65.433	965.705
Mecklenburg-Vorpommern	59	43	40	26	45.145	636.403
Sachsen	65	64	35	50	69.507	1.195.920
Sachsen-Anhalt	64	122	37	65	53.497	871.105
Thüringen	108	145	69	92	92.352	1.477.321
Deutschland	1.715	2.301	1.046	1.620	2.163.723	38.997.792

* Lohnuntergrenze § 16 Absatz 1 Nummer 7b AÜG, Mindestlohn/Arbeitsbedingungen § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG, Mindestlohn Leiharbeitnehmer § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG und Zahlung Mindestlohn § 21 Absatz 1 Nummer 9 MiLoG

Tabelle B24: Eingeleitete Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen Verstößen gegen Mindestentgeltvorschriften* je 1.000 Betriebe und je 10.000 Beschäftigte, alle Tatbestände – alle Branchen -

Bundesland	eingel. Verfahren je 1.000 Betriebe		davon MiLoG je 1.000 Betriebe		eingel. Verfahren je 10.000 Beschäftigte		davon MiLoG je 10.000 Beschäftigte	
	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023
Schleswig-Holstein	0,5	0,7	0,3	0,5	0,3	0,4	0,2	0,3
Hamburg	0,7	1,6	0,4	1,5	0,3	0,8	0,2	0,7
Niedersachsen	0,6	0,8	0,3	0,5	0,3	0,4	0,2	0,3
Bremen	1,1	4,8	0,7	3,2	0,5	2,2	0,3	1,4
Nordrhein-Westfalen	0,9	0,9	0,5	0,6	0,5	0,5	0,3	0,3
Hessen	1,0	1,5	0,6	1,0	0,5	0,8	0,3	0,5
Rheinland-Pfalz	0,5	0,8	0,3	0,5	0,3	0,5	0,2	0,3
Baden-Württemberg	0,5	0,9	0,3	0,7	0,3	0,5	0,2	0,4
Bayern	0,7	0,9	0,5	0,6	0,4	0,5	0,3	0,4
Saarland	1,0	1,2	0,7	1,0	0,6	0,7	0,4	0,6
Berlin	0,9	0,9	0,6	0,7	0,5	0,5	0,3	0,4
Brandenburg	0,7	1,1	0,4	0,8	0,5	0,7	0,2	0,5
Mecklenburg-Vorpommern	1,3	1,0	0,9	0,6	0,9	0,7	0,6	0,4
Sachsen	0,9	0,9	0,5	0,7	0,5	0,5	0,3	0,4
Sachsen-Anhalt	1,2	2,3	0,7	1,2	0,7	1,4	0,4	0,7
Thüringen	1,2	1,6	0,7	1,0	0,7	1,0	0,5	0,6
Deutschland	0,8	1,1	0,5	0,7	0,4	0,6	0,3	0,4

* Lohnuntergrenze § 16 Absatz 1 Nummer 7b AÜG, Mindestlohn/Arbeitsbedingungen § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG, Mindestlohn Leiharbeitnehmer § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG und Zahlung Mindestlohn § 21 Absatz 1 Nummer 9 MiLoG

Tabelle B25: Eingeleitete Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen Verstößen gegen Mindestentgeltvorschriften* – Gaststätten und Beherbergungsgewerbe -

Bundesland	AÜG, AEntG und MiLoG		davon MiLoG		Betriebe 1.1.2023 (Zahl)	Beschäftigte 1.1.2023 (Zahl)
	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2022	1. Halb- jahr 2023		
Schleswig-Holstein	5	13	5	13	5.993	60.477
Hamburg	6	34	6	34	4.001	51.476
Niedersachsen	13	31	13	31	13.183	139.858
Bremen	3	16	3	16	1.420	18.127
Nordrhein-Westfalen	40	77	40	77	27.725	302.422
Hessen	29	54	29	53	12.127	117.325
Rheinland-Pfalz	1	7	1	7	4.936	47.811
Baden-Württemberg	28	42	28	42	21.571	203.774
Bayern	43	93	43	93	26.737	271.710
Saarland	12	13	12	13	3.898	35.973
Berlin	16	39	16	39	8.908	97.356
Brandenburg	7	18	7	17	4.530	37.200
Mecklenburg-Vorpommern	10	16	10	16	4.140	42.401
Sachsen	7	16	7	16	4.848	52.124
Sachsen-Anhalt	6	13	6	13	3.688	32.276
Thüringen	13	29	13	29	5.882	49.625
Deutschland	239	511	239	509	153.587	1.559.935

* Lohnuntergrenze § 16 Absatz 1 Nummer 7b AÜG, Mindestlohn/Arbeitsbedingungen § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG, Mindestlohn Leiharbeitnehmer § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG und Zahlung Mindestlohn § 21 Absatz 1 Nummer 9 MiLoG

Tabelle B26: Eingeleitete Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen Verstößen gegen Mindestentgeltvorschriften* je 1.000 Betriebe und je 10.000 Beschäftigte, alle Tatbestände – Gaststätten und Beherbergungsgewerbe -

Bundesland	eingel. Verfahren je 1.000 Betriebe		davon MiLoG je 1.000 Betriebe		eingel. Verfahren je 10.000 Beschäftigte		davon MiLoG je 10.000 Beschäftigte	
	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023
Schleswig-Holstein	0,8	2,2	0,8	2,2	0,8	2,1	0,8	2,1
Hamburg	1,5	8,5	1,5	8,5	1,2	6,6	1,2	6,6
Niedersachsen	1,0	2,4	1,0	2,4	0,9	2,2	0,9	2,2
Bremen	2,1	11,3	2,1	11,3	1,7	8,8	1,7	8,8
Nordrhein-Westfalen	1,4	2,8	1,4	2,8	1,3	2,5	1,3	2,5
Hessen	2,4	4,5	2,4	4,4	2,5	4,6	2,5	4,5
Rheinland-Pfalz	0,2	1,4	0,2	1,4	0,2	1,5	0,2	1,5
Baden-Württemberg	1,3	1,9	1,3	1,9	1,4	2,1	1,4	2,1
Bayern	1,6	3,5	1,6	3,5	1,6	3,4	1,6	3,4
Saarland	3,1	3,3	3,1	3,3	3,3	3,6	3,3	3,6
Berlin	1,8	4,4	1,8	4,4	1,6	4,0	1,6	4,0
Brandenburg	1,5	4,0	1,5	3,8	1,9	4,8	1,9	4,6
Mecklenburg-Vorpommern	2,4	3,9	2,4	3,9	2,4	3,8	2,4	3,8
Sachsen	1,4	3,3	1,4	3,3	1,3	3,1	1,3	3,1
Sachsen-Anhalt	1,6	3,5	1,6	3,5	1,9	4,0	1,9	4,0
Thüringen	2,2	4,9	2,2	4,9	2,6	5,8	2,6	5,8
Deutschland	1,6	3,3	1,6	3,3	1,5	3,3	1,5	3,3

* Lohnuntergrenze § 16 Absatz 1 Nummer 7b AÜG, Mindestlohn/Arbeitsbedingungen § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG, Mindestlohn Leiharbeitnehmer § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG und Zahlung Mindestlohn § 21 Absatz 1 Nummer 9 MiLoG

Tabelle B27: Eingeleitete Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen Verstößen gegen Mindestentgeltvorschriften* – Fleischwirtschaft -

Bundesland	AÜG, AEntG und MiLoG		davon MiLoG		Betriebe 1.1.2023 (Zahl)	Beschäftigte 1.1.2023 (Zahl)
	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2022	1. Halb- jahr 2023		
Schleswig-Holstein	0	0	0	0	149	4.730
Hamburg	0	0	0	0	35	519
Niedersachsen	0	7	0	3	602	33.081
Bremen	0	0	0	0	13	131
Nordrhein-Westfalen	1	3	1	1	910	34.897
Hessen	4	0	4	0	621	10.578
Rheinland-Pfalz	0	0	0	0	259	3.639
Baden-Württemberg	0	1	0	1	1.174	24.362
Bayern	2	1	2	1	1.734	29.432
Saarland	2	2	2	2	195	2.965
Berlin	2	0	2	0	62	1.456
Brandenburg	0	1	0	1	160	3.591
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	0	0	94	3.849
Sachsen	0	2	0	2	186	4.146
Sachsen-Anhalt	0	1	0	1	134	6.614
Thüringen	1	0	1	0	380	6.447
Deutschland	12	18	12	12	6.708	170.437

* Lohnuntergrenze § 16 Absatz 1 Nummer 7b AÜG, Mindestlohn/Arbeitsbedingungen § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG, Mindestlohn Leiharbeitnehmer § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG und Zahlung Mindestlohn § 21 Absatz 1 Nummer 9 MiLoG

Tabelle B28: Eingeleitete Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen Verstößen gegen Mindestentgeltvorschriften* je 1.000 Betriebe und je 10.000 Beschäftigte, alle Tatbestände – Fleischwirtschaft -

Bundesland	eingel. Verfahren je 1.000 Betriebe		davon MiLoG je 1.000 Betriebe		eingel. Verfahren je 10.000 Beschäftigte		davon MiLoG je 10.000 Beschäftigte	
	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023	1. Halbjahr 2022	1. Halbjahr 2023
Schleswig-Holstein	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Hamburg	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Niedersachsen	0,0	11,6	0,0	5,0	0,0	2,1	0,0	0,9
Bremen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Nordrhein-Westfalen	1,1	3,3	1,1	1,1	0,3	0,9	0,3	0,3
Hessen	6,4	0,0	6,4	0,0	3,8	0,0	3,8	0,0
Rheinland-Pfalz	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Baden-Württemberg	0,0	0,9	0,0	0,9	0,0	0,4	0,0	0,4
Bayern	1,2	0,6	1,2	0,6	0,7	0,3	0,7	0,3
Saarland	10,3	10,3	10,3	10,3	6,7	6,7	6,7	6,7
Berlin	32,3	0,0	32,3	0,0	13,7	0,0	13,7	0,0
Brandenburg	0,0	6,3	0,0	6,3	0,0	2,8	0,0	2,8
Mecklenburg-Vorpommern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sachsen	0,0	10,8	0,0	10,8	0,0	4,8	0,0	4,8
Sachsen-Anhalt	0,0	7,5	0,0	7,5	0,0	1,5	0,0	1,5
Thüringen	2,6	0,0	2,6	0,0	1,6	0,0	1,6	0,0
Deutschland	1,8	2,7	1,8	1,8	0,7	1,1	0,7	0,7

* Lohnuntergrenze § 16 Absatz 1 Nummer 7b AÜG, Mindestlohn/Arbeitsbedingungen § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG, Mindestlohn Leiharbeitnehmer § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG und Zahlung Mindestlohn § 21 Absatz 1 Nummer 9 MiLoG

Tabelle B29: Festgesetzte Verwarnungs-, Bußgelder, Einziehungs- und Verfallbeträge wegen Verstößen gegen Mindestentgeltvorschriften* – alle Branchen -

Bundesland	AÜG, AEntG und MiLoG		davon MiLoG		Betriebe 1.1.2023 (Zahl)	Beschäftigte 1.1.2023 (Zahl)
	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halb- jahr 2023 (Euro)		
Schleswig-Holstein	219.289	357.025	74.386	130.340	79.456	1.201.006
Hamburg	77.660	66.393	72.100	13.807	55.728	1.151.120
Niedersachsen	633.945	320.055	328.745	201.160	194.517	3.517.407
Bremen	8.860	19.570	0	3.210	20.254	447.116
Nordrhein-Westfalen	1.599.357	1.167.805	1.194.528	537.910	437.447	8.359.781
Hessen	613.522	243.960	79.590	163.139	167.450	3.073.742
Rheinland-Pfalz	25.445	155.215	15.250	95.060	67.103	1.091.211
Baden-Württemberg	1.620.219	1.372.155	1.366.319	987.371	292.436	5.736.859
Bayern	3.453.366	1.339.078	2.448.662	1.077.393	371.402	6.602.546
Saarland	66.156	27.745	61.372	18.120	51.107	863.597
Berlin	204.578	171.740	121.106	107.590	100.889	1.806.953
Brandenburg	182.185	116.839	119.300	97.075	65.433	965.705
Mecklenburg-Vorpommern	73.150	190.200	36.470	175.120	45.145	636.403
Sachsen	36.437	48.973	34.537	39.083	69.507	1.195.920
Sachsen-Anhalt	181.833	859.880	38.003	778.017	53.497	871.105
Thüringen	157.638	6.650.461	123.548	206.980	92.352	1.477.321
Deutschland	9.153.641	13.107.093	6.113.916	4.631.375	2.163.723	38.997.792

* Lohnuntergrenze § 16 Absatz 1 Nummer 7b AÜG, Mindestlohn/Arbeitsbedingungen § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG, Mindestlohn Leiharbeiter § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG und Zahlung Mindestlohn § 21 Absatz 1 Nummer 9 MiLoG

Tabelle B30: Festgesetzte Verwarnungs-, Bußgelder, Einziehungs- und Verfallbeträge wegen Verstößen gegen Mindestentgeltvorschriften* je 1.000 Betriebe und je 10.000 Beschäftigte, alle Tatbestände – alle Branchen -

Bundesland	Bußen je 1.000 Betriebe		davon MiLoG-Bußen je 1.000 Betriebe		Bußen je 10.000 Beschäftigte		davon MiLoG-Bußen je 10.000 Beschäftigte	
	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)
Schleswig-Holstein	2.760	4.493	936	1.640	1.826	2.973	619	1.085
Hamburg	1.394	1.191	1.294	248	675	577	626	120
Niedersachsen	3.259	1.645	1.690	1.034	1.802	910	935	572
Bremen	437	966	0	158	198	438	0	72
Nordrhein-Westfalen	3.656	2.670	2.731	1.230	1.913	1.397	1.429	643
Hessen	3.664	1.457	475	974	1.996	794	259	531
Rheinland-Pfalz	379	2.313	227	1.417	233	1.422	140	871
Baden-Württemberg	5.540	4.692	4.672	3.376	2.824	2.392	2.382	1.721
Bayern	9.298	3.605	6.593	2.901	5.230	2.028	3.709	1.632
Saarland	1.294	543	1.201	355	766	321	711	210
Berlin	2.028	1.702	1.200	1.066	1.132	950	670	595
Brandenburg	2.784	1.786	1.823	1.484	1.887	1.210	1.235	1.005
Mecklenburg-Vorpommern	1.620	4.213	808	3.879	1.149	2.989	573	2.752
Sachsen	524	705	497	562	305	410	289	327
Sachsen-Anhalt	3.399	16.073	710	14.543	2.087	9.871	436	8.931
Thüringen	1.707	72.012	1.338	2.241	1.067	45.017	836	1.401
Deutschland	4.231	6.058	2.826	2.140	2.347	3.361	1.568	1.188

* Lohnuntergrenze § 16 Absatz 1 Nummer 7b AÜG, Mindestlohn/Arbeitsbedingungen § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG, Mindestlohn Leiharbeiter § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG und Zahlung Mindestlohn § 21 Absatz 1 Nummer 9 MiLoG

Tabelle B31: Festgesetzte Verwarnungs-, Bußgelder, Einziehungs- und Verfallbeträge wegen Verstößen gegen Mindestentgeltvorschriften* – Gaststätten und Beherbergungsgewerbe -

Bundesland	AÜG, AEntG und MiLoG		davon MiLoG		Betriebe 1.1.2023 (Zahl)	Beschäftigte 1.1.2023 (Zahl)
	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halb- jahr 2023 (Euro)		
Schleswig-Holstein	190	16.885	190	16.885	5.993	60.477
Hamburg	0	745	0	745	4.001	51.476
Niedersachsen	51.985	84.985	51.985	84.985	13.183	139.858
Bremen	0	55	0	55	1.420	18.127
Nordrhein-Westfalen	895.298	83.493	895.298	83.493	27.725	302.422
Hessen	26.540	112.164	26.540	112.164	12.127	117.325
Rheinland-Pfalz	13.500	11.600	13.500	11.600	4.936	47.811
Baden-Württemberg	52.370	679.870	52.370	679.870	21.571	203.774
Bayern	588.660	216.404	398.660	216.404	26.737	271.710
Saarland	2.330	7.235	2.330	7.235	3.898	35.973
Berlin	29.811	44.450	29.811	44.450	8.908	97.356
Brandenburg	15.335	2.240	15.335	2.240	4.530	37.200
Mecklenburg-Vorpommern	10.090	118.980	10.090	118.980	4.140	42.401
Sachsen	4.150	4.020	4.150	4.020	4.848	52.124
Sachsen-Anhalt	21.298	16.380	21.298	16.380	3.688	32.276
Thüringen	10.435	3.715	10.435	3.715	5.882	49.625
Deutschland	1.721.992	1.403.221	1.531.992	1.403.221	153.587	1.559.935

* Lohnuntergrenze § 16 Absatz 1 Nummer 7b AÜG, Mindestlohn/Arbeitsbedingungen § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG, Mindestlohn Leiharbeitnehmer § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG und Zahlung Mindestlohn § 21 Absatz 1 Nummer 9 MiLoG

Tabelle B32: Festgesetzte Verwarnungs-, Bußgelder, Einziehungs- und Verfallbeträge wegen Verstößen gegen Mindestentgeltvorschriften* je 1.000 Betriebe und je 10.000 Beschäftigte, alle Tatbestände – Gaststätten und Beherbergungsgewerbe -

Bundesland	Bußen je 1.000 Betriebe		davon MiLoG-Bußen je 1.000 Betriebe		Bußen je 10.000 Beschäftigte		davon MiLoG-Bußen je 10.000 Beschäftigte	
	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)
Schleswig-Holstein	32	2.817	32	2.817	31	2.792	31	2.792
Hamburg	0	186	0	186	0	145	0	145
Niedersachsen	3.943	6.447	3.943	6.447	3.717	6.077	3.717	6.077
Bremen	0	39	0	39	0	30	0	30
Nordrhein-Westfalen	32.292	3.011	32.292	3.011	29.604	2.761	29.604	2.761
Hessen	2.189	9.249	2.189	9.249	2.262	9.560	2.262	9.560
Rheinland-Pfalz	2.735	2.350	2.735	2.350	2.824	2.426	2.824	2.426
Baden-Württemberg	2.428	31.518	2.428	31.518	2.570	33.364	2.570	33.364
Bayern	22.017	8.094	14.910	8.094	21.665	7.965	14.672	7.965
Saarland	598	1.856	598	1.856	648	2.011	648	2.011
Berlin	3.347	4.990	3.347	4.990	3.062	4.566	3.062	4.566
Brandenburg	3.385	494	3.385	494	4.122	602	4.122	602
Mecklenburg-Vorpommern	2.437	28.739	2.437	28.739	2.380	28.061	2.380	28.061
Sachsen	856	829	856	829	796	771	796	771
Sachsen-Anhalt	5.775	4.441	5.775	4.441	6.599	5.075	6.599	5.075
Thüringen	1.774	632	1.774	632	2.103	749	2.103	749
Deutschland	11.212	9.136	9.975	9.136	11.039	8.995	9.821	8.995

* Lohnuntergrenze § 16 Absatz 1 Nummer 7b AÜG, Mindestlohn/Arbeitsbedingungen § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG, Mindestlohn Leiharbeitnehmer § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG und Zahlung Mindestlohn § 21 Absatz 1 Nummer 9 MiLoG

Tabelle B33: Festgesetzte Verwarnungs-, Bußgelder, Einziehungs- und Verfallbeträge wegen Verstößen gegen Mindestentgeltvorschriften* – Fleischwirtschaft -

Bundesland	AÜG, AEntG und MiLoG		davon MiLoG		Betriebe 1.1.2023 (Zahl)	Beschäftigte 1.1.2023 (Zahl)
	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halb- jahr 2023 (Euro)		
Schleswig-Holstein	0	0	0	0	149	4.730
Hamburg	0	0	0	0	35	519
Niedersachsen	0	0	0	0	602	33.081
Bremen	0	0	0	0	13	131
Nordrhein-Westfalen	0	0	0	0	910	34.897
Hessen	0	0	0	0	621	10.578
Rheinland-Pfalz	0	0	0	0	259	3.639
Baden-Württemberg	0	0	0	0	1.174	24.362
Bayern	0	0	0	200	1.734	29.432
Saarland	0	0	0	0	195	2.965
Berlin	0	0	0	0	62	1.456
Brandenburg	0	0	0	0	160	3.591
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	0	0	94	3.849
Sachsen	0	0	0	0	186	4.146
Sachsen-Anhalt	0	0	0	0	134	6.614
Thüringen	0	0	0	0	380	6.447
Deutschland	0	0	0	200	6.708	170.437

* Lohnuntergrenze § 16 Absatz 1 Nummer 7b AÜG, Mindestlohn/Arbeitsbedingungen § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG, Mindestlohn Leiharbeitnehmer § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG und Zahlung Mindestlohn § 21 Absatz 1 Nummer 9 MiLoG

Tabelle B34: Festgesetzte Verwarnungs-, Bußgelder, Einziehungs- und Verfallbeträge wegen Verstößen gegen Mindestentgeltvorschriften* je 1.000 Betriebe und je 10.000 Beschäftigte, alle Tatbestände – Fleischwirtschaft -

Bundesland	Bußen je 1.000 Betriebe		davon MiLoG-Bußen je 1.000 Betriebe		Bußen je 10.000 Beschäftigte		davon MiLoG-Bußen je 10.000 Beschäftigte	
	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)	1. Halbjahr 2022 (Euro)	1. Halbjahr 2023 (Euro)
Schleswig-Holstein	0	0	0	0	0	0	0	0
Hamburg	0	0	0	0	0	0	0	0
Niedersachsen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bremen	0	0	0	0	0	0	0	0
Nordrhein-Westfalen	0	0	0	0	0	0	0	0
Hessen	0	0	0	0	0	0	0	0
Rheinland-Pfalz	0	0	0	0	0	0	0	0
Baden-Württemberg	0	0	0	0	0	0	0	0
Bayern	0	0	0	115	0	0	0	68
Saarland	0	0	0	0	0	0	0	0
Berlin	0	0	0	0	0	0	0	0
Brandenburg	0	0	0	0	0	0	0	0
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	0	0	0	0	0	0
Sachsen	0	0	0	0	0	0	0	0
Sachsen-Anhalt	0	0	0	0	0	0	0	0
Thüringen	0	0	0	0	0	0	0	0
Deutschland	0	0	0	30	0	0	0	12

* Lohnuntergrenze § 16 Absatz 1 Nummer 7b AÜG, Mindestlohn/Arbeitsbedingungen § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG, Mindestlohn Leiharbeitnehmer § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG und Zahlung Mindestlohn § 21 Absatz 1 Nummer 9 MiLoG